

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Dresden,
Sabon & Comp., Nr. 1203.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gebr. Kämpf, Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 35,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Wellmerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wellmerplatz 10, Tel. 25261.
Belastungszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die halbspaltige Reklamezeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabenermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Kleinüberlegung 1,00 M.

Nr. 105

Dresden, Sonnabend den 6. Mai 1922

33. Jahrg.

Reichsverrat der Hohenzollern

Umsatzsteuer und Genossenschaften

Der ehemalige Kronprinz hat sich die Feder irgend eines sehr mittelmäßigen Romanschreibers geliehen, um in nicht sensationeller Formulierung und mit reichlicher Wirkung auf lesende Transparenzen die Vorgänge zu schildern, die sich am 9. November 1918 in der Villa Trautson bei Spangenberg abspielten. In dramatischer Kontrastierung werden zwei Szenen vorgeführt: auf der einen Seite die schlappen Genetisse Hindenburg und Groener, auf der anderen die jorkischen, künzlichen Kerle Schulenburg und der Herr Verfasser selbst, in der Mitte der in grauenhaften Farben spielende, bestig geistigsternde, sich überprüfende, verhärtete und immer unentschlossener Kaiser. Von beider Seiten des Reichs des erkrankten, verfallenen, der seinen eigenen Vater als Jodel benutzte, um sich von ihm desto heller als Verteidiger aller Heidenhaftigkeiten zu präsentieren. Aber diese Schilderung des 9. November in Spangenberg ist noch ganz andere interessant.

Was wollten denn Schulenburg und der damalige Kronprinz? Wenn es ging, wollten sie mit monarchistischen gebildeten Truppen nach Deutschland marschieren und die Revolution niederdrücken. Ging das aber nicht, und sie sahen wohl selber ein, daß es nicht ging, dann hatten sie noch einen anderen letzten Rettungsplan, für den sie auch Wilhelm II. gewonnen hatten. Die deutsche Kaiserkrone sollte übergeben werden, um die preussische Kronkrone zu retten. In diesem Sinne wurde dem auch ein Sachverständiger und telephonisch nach Berlin hinübergegeben, in dem Wilhelm II. seine Bereitwilligkeit ausdrückte, als Kaiser abzudankern, aber betonte, daß er König von Preußen bleiben wollte. Als Staatssekretär von Sinke Dickes Schriftstück nach Berlin übermitteln wollte, wurde er durch die Mitteilung unterbrochen, daß bereits durch Prinz Max von Baden der Übergang des Reiches an den Kaiser in Preußen bekanntgegeben worden sei und daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ebert das Reichsamt übernommen habe.

Es war wahrhaftig höchste Zeit! Denn wäre nicht am 9. November in Berlin die Republik proklamiert worden und hätten nicht die Sozialdemokraten die Regierung übernommen, so wäre durch den Verrat der Hohenzollern das Reich des Deutschen Reiches zerfallen, das Deutsche Reich hätte an diesem Tage aufgehört zu sein.

Denn was bedeutete es, wenn der Kronprinz, wenn Wilhelm II. aufhörte, Kaiser zu sein, aber König von Preußen blieb? Das bedeutete nichts anderes, als daß die Reichseinheit dem künftigen Familieninteresse der Hohenzollern zum Opfer gebracht worden wäre. Der Grundgedanke war: mag dieses Reich von Bismarcks Gnaden ruhig zum Zerfall gehen, wenn wir nur weiter auf unserm angekommenen preussischen Königsstrome sitzen bleiben dürfen.

Und dieser Gedanke ist echt altpreussisch, echt königlich, echt hohenzollernisch. Sollte nicht Friedrich Wilhelm IV., die deutsche Kaiserkrone abgelehnt, weil sie mit dem „Andererud“ der Revolution“ behaftet war? Sollte nicht Wilhelm I., als ihm der Kaiserthron Bismarcks vorgehalten wurde, geknurr: „Was soll mir der Charaktermajoor? Sollte nicht einer der Paladine, der preussische Kriegs-

minister von Neun, nach der Kaiserproklamation im Spiegelaal von Versailles die böhmenden Worte geschrieben: „Sitz nun das Kaiserthronchen endlich aus dem Ei getrocknet?“ Den Hohenzollern, die hat ganz als Könige von Preußen gefühlt, war die Kaiserkrone nicht mehr als eine Krönung des Königs der Familie, gegen die der Großvater noch ganz angenehm klickte. Aber schließlich, wenn das Reich zum Zerfall ging, was weiter? Man legte eben den neumodischen Koffer an und behielt den altgewohnten preussischen Stängelmantel. Das Reich — was ist das?

Na, wäre jener proteste Plan, sich mit dem Schicksal mit 50 Prozent anzugleichen, gelungen, dann gäbe es heute wohl noch eine königlich preussische Hohenzollern-Dynastie, aber kein Deutsches Reich mehr. Verdrängte Wilhelm II. auf die Kaiserwürde und blieb er König von Preußen, dann war der Reichsverrat, auf dem das alte Deutsche Reich beruhte, zerfallen, die Reichsregierung geplatzt, es gab kein Deutsches Reich mehr, sondern nur noch ein Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen, Sachsen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz usw. Damit wäre im demokratischen Interesse der Hohenzollern genau dasjenige vollbracht worden, was Clemenceau gewollt hatte und was ihm die deutsche Republik verdankt: der Zerfall des Reiches.

Der Zerfall des Reiches, das wäre der vollkommene Triumph des französischen Imperialismus gewesen. Dann gab es bei den Friedensverhandlungen keine Reichsregierung mehr, mit der man zu unterhandeln hatte, sondern nur noch Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen usw. Welche herrliche Gelegenheit wäre das gewesen, den Staat bis zur völligen Zerstückelung weiter zu treiben, einen gegen den anderen auszuwählen und einen Teil des Reiches zur französischen Interessensphäre zu machen, wie es zu Zeiten Napoleons und des Rheinbundes gewesen war? Bedeutet doch die Geschichte der ganzen Zeit Napoleons I. nichts anderes, als den fortgesetzten Versuch der deutschen Landesfürsten, durch Preisgabe aller gemeinsamen deutschen Interessen das eigene Territorium zu retten. Dieses Schachspiel sollte sich jetzt wiederholen, wenn es nach dem Willen Clemenceaus und der reichsverräterischen Hohenzollern ging.

Es ist anders gekommen. Und darin, daß es anders kam, hat sich nur die Logik der Weltgeschichte ausgewiekt. Das Deutsche Reich mußte werden, es konnte nur werden im Kampf gegen partikularistische Fürsteninteressen. Es trat vorübergehend, eine Improvisation Bismarcks, als ein kaiserliches Großpreußen, als die Vorherrschaft einer Dynastie über die andern, in Erscheinung. Es konnte auch in dieser Gestalt keine Dauer haben. Sondern es mußte so kommen, wie Freiligrath im Sturmjahre 1848 prophezeit hatte:

Die Freiheit ist die Kräfte
Von dreißig Fürstenthümern.
Die eine deutsche Republik,
Die muß nun noch entstehen.

In der Republik ist das Deutsche Reich erst wirklich entstanden und nur im Kampf gegen den Monarchismus wird es sich weiter erhalten und entfalten.

Wie die maßgeblichen Führer der Genossenschaften über die Umsatzsteuer dachten, geht am deutlichsten aus einer Rede hervor, die Genosse Hugo Willein auf dem Verbandstag der sächsischen Konsumvereine im Mai 1920 in Darmstadt hielt. Er sagte damals:

„Aus den Ausführungen ist zu ersehen, daß bei vielen Genossenschaften die Verhandlungen mit dem Staatsoberhaupt und dem Reich in Betracht kommenden Kreisen der Nationalversammlung von Erfolg gewesen sind. Es muß festgestellt werden, daß die Konsumvereine zwar gleich wie die übrigen Einwohner über Berechtigungen zu den neuen Steuern herangezogen werden, daß die Belastung aber so gering ist, daß man nicht über eine ungerechte Verteuerung klagen kann, sondern sich mit der Annehmlichkeit abfinden muß. Die Hauptsache ist die, daß nunmehr endgültig festgestellt ist, daß die Rückzahlung dem steuerbaren Einkommen und auch bei der Geschäftsbekämpfung auf den Kreis der Mitglieder kein Gewerbedeckel bei den Konsumvereinen vorhanden ist. Die Rückzahlungsbekämpfung ist damit zunächst abgeschlossen. Es steht jedoch noch in Aussicht, daß außer dieser Bekämpfung von den Ländern und Gemeinden ein weiterer Ausbau der Grund-, Grundbesitz- und Grundsteuer erfolgt. Bei den Reichsteuern war der Bestandsstand in der Lage, bei Verhandlungen mit der Nationalversammlung die Entwürfe den Verhältnissen der Konsumvereine entsprechend durch Unterhandlungen anzupassen; dagegen wird dieses bei den Steuern über Grund-, Gemeinde- und Grundbesitzern Sache der Revisionsergebnisse und der einzelnen Genossenschaften sein. Diese werden auf jeden Fall sehr auf der Hut sein müssen, damit sie nicht, wie es bereits in einem kleinen Bundesstaate geschehen ist, mit einer Steuer belastet werden, die dem Zweck und Schaffen der Genossenschaften auf keinen Fall entspricht.“

Hoffen wir, daß es den Genossenschaften und den Konsumvereinen gelingen wird, eine ebenso gerechte Verteilung der Steuern in den Ländern und auch in den Gemeinden durchzuführen, wie es im Reiche der Fall war.“

Vor dem Reichstag die Steuervorlagen bringen, hat sich damit der Reichswirtschaftsrat befaßt. Aus dem Verhandlungsbericht ist nicht ersichtlich, daß ein Antrag auf Befreiung der Genossenschaften gestellt worden ist und es ist nur zu entnehmen, daß es Hugo Willein gelungen ist, eine Mehrheit dafür zu bekommen, daß der Steuertrag auf 2 vom Hundert festgesetzt wurde, während der Reparationsausgleich mit überprozentlicher Mehrheit 2½ beschlossen hatte. Aus Willeins Rede entnehmen wir:

„Es blieb schließlich weiter nichts übrig, als zunächst bei dieser hohen Form der Besteuerung zu bleiben, um man einigte sich dann im Auschuß einstimmig — meine Damen und Herren, das möchte ich hier festhalten: der Auschuß, der die Sachverständigen gehört hat, hat das einstimmig beschlossen —, nur zwei Prozent Umsatzsteuer zu erheben. . . . Nun werden Sie mir vielleicht sagen: Wenn Sie so gegen die Steuer sind, warum schlagen Sie dann zwei Prozent vor. Eigentlich sollten Sie doch dann überhaupt nichts vorschlagen. Wenn das Vaterland nicht in so großer Not wäre, so würde es uns gar nicht einfallen, das zu machen. . . . Die Regierung soll sich mit diesen zwei Prozent abfinden und soll Mittel und Wege finden — und zwar ernstlich finden —, daß die Steuer erträgt wird. Wir als organisierte Verbraucher zahlen jeden Pfennig; wir müssen aber verlangen, daß man sich behilft, und wie unter Organisations- und alle anderen Händlern, die es genau nehmen, Umsatzsteuer entrichten, dafür sorgt, daß auch alle übrigen sie bezahlen, sonst wäre für Jahre weitere Erhöhungen der Umsatzsteuer vorzunehmen.“

Nachdem die Verhandlungen im Reichstage bereits aufgenommen waren, trat der „Freie Ausschuß der Genossenschaften“ zusammen und einigte sich auf den bekannten Antrag der Befreiung sämtlicher Genossenschaften von allen Einkommensteuern, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei und lief unter dem Namen Hammer (Dnat. Vp.)-Preisgeld (N. S. P.). Ich habe aber diesen Antrag eingehend mit Hugo Willein konferiert und ich habe versichern können, daß wir im Auschuß und in der Fraktion, wie auch im Plenum des Reichstages ernsthaft dafür einzutreten werden. Ich habe aber auch nie davon gezweifelt, daß der Antrag einen solchen Entzweiungszweck hervorgerufen und daß sämtliche bürgerlichen Parteien ihre Unterstützung zurückziehen würden. Kaum war denn auch der Antrag angenommen, als alle bürgerlichen Parteien so hart unter Druck gesetzt wurden, daß sie schnellstens den Antrag fallen ließen.

Trotzdem wollten wir im Plenum für den Antrag eintreten, wenn auch eine Mehrheit abfolgt nicht zu haben war. Man darf doch nicht vergessen, daß die Mehrheit des Reichstags eben nicht bereit ist, den Genossenschaften ein Entgegenkommen zu zeigen, das dem freien Handel vorenthalten wird, denn die Bürgerlichen schätzen die Genossenschaften, und vor allem die Konsumvereine, als reine Produktions- und Handelsbetriebe an.

Bei den Verhandlungen über das Steuerkompromiß stellten sich alle bürgerlichen Parteien auf den Standpunkt, daß erstens keine Bevorzugung der Genossenschaften eintreten dürfe und daß zweitens die Abstimmung für alle Lohnverdiener gebunden sein müsse. Wir versuchten in hartnäckigen Verhandlungen wenigstens ein teilweises Entgegenkommen zu erzielen und schlugen vor, für die Genossenschaften den alten Satz beibehalten zu lassen und ihn sonst auf 2 oder 2½ Prozent zu erhöhen, und wie fanden dafür bei den bürgerlichen Minister-Unterstützung. Die einmütige Antwort der bürgerlichen Fraktionsvertreter war aber: kein Vorrecht, gleiche Belastung. Besonders trat der Genossenschaftsführer Dr. Heim (Bayer. Vp.) mit aller Entschiedenheit gegen die Befreiung der Genossenschaften auf. Unire Fraktion mußte sich deshalb einig machen, ab sie das Steuerkompromiß und damit die Regie-

Französisch-bayerische Einheitsfront

München, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Münchener Post veröffentlicht heute zwei Dokumente, welche geeignet sind, die hochverräterischen Intrigen der bayerischen Monarchisten in ihrer ganzen Gefährlichkeit erkennen zu lassen. Das erste Dokument ist ein Bericht des Vorgesetzten des bayerischen Ordnungsbüros, Dr. Tafel, in dem er feststellt, daß es in Bayern wie in Österreich keine genaue gibt, die aus Erbitterung über die Berliner „Mittelschicht“ die Loslösung Bayerns vom Reich betreiben. Bayern müsse das Schwergewicht über das ganze Deutsche Reich erhalten. Dazu verlange man in weitgehendem Maße einen unabhängigen Staatspräsidenten und eine selbstständige Kammer, vor allem den Auschuß der bayerischen Landesparlamentarier des Dr. Heim.

Hier steht nun die Münchener Post mit einem positiven Dokument ein, um die Fäulnis des Dr. Heim und seiner Kameraden entsprechend zu belandern. Es handelt sich um einen Bericht, der wegen Landesverrats an die Franzosen aus der bayerischen Königsparthei ausgehört worden ist. Der Bericht ist vom 21. April 1920, die Hauptrolle in diesem Schreiben spielt ein deutschösterreichischer Agent, der im Auftrag dieser beiden „Patrioten“ herumreist, und zwar zu den Franzosen über Mainz, über die Schweiz zu Dr. Dörflinger nach Wiesbaden und zu dem von Dr. Heim als französischen Gesandten in München ansehenden Dr. Dohr. Der Brief enthält weiterhin bis im Stil der königlich bayerischen Diplomatie gefällte Anweisungen an Dr. Heim, seine Kräfte nach Italien vor seinen französischen Vertrauensmännern abzuleihen, ferner das Ersuchen, Herrn v. Kahr über den beabsichtigten Landesverrat nur insoweit zu informieren, daß dieser außenpolitische Vertreter in den Händen Dr. Heims bleibt. Professor Dörflinger als Mittelmann mit den Franzosen so zu verwenden, daß den Franzosen die Angst vor der Revanchebewegung in Bayern durch die Persönlichkeit dieses Pazifisten zerstreut werden würde. — Schließlich teilt Graf Bohner Dr. Heim mit, daß

den Franzosen durch ein Mißverständnis die Meinung beibringt worden sei, daß Dr. Heim schon in kürzester Zeit, d. h. innerhalb der nächsten 14 Tage, die Regierung in Bayern übernehmen und Bayern vom Reich abtrennen werde. Dieses Dokument, das den offensichtlichen Landesverrat Dr. Heims zweifelsfrei erweist, wird hoffentlich der politischen Tätigkeit dieses Mannes ein rasches Ende setzen.

Rußlands Anerkennung?

Sonderbericht des Soc. Parlamentsdieners
Genoa, 5. Mai, 5 Uhr nachmittags.

Außer den üblichen Hilfen und Einladungen brachte der heutige Tag nur eine Sitzung der Wirtschaftskommission, deren Arbeiten heute nach dem Abschluß gebracht werden sollen.

Hinter den Kulissen spielt Herr Venejad die bekannte Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Belgien einerseits und England andererseits. Vorläufig hat der ewige Vermittler keine Aussicht auf Erfolg, weil England auf dem jetzigen Memorandum beharrt. England will mit aller Entschiedenheit zu einer Einigung mit den Russen kommen und soll ihnen inoffiziell bei Annahme des Memorandums die Anerkennung de jure in Aussicht gestellt haben. Uns scheint, daß das noch nicht alles ist, was man versprochen hat. Zur allgemeinen Verwunderung reist nämlich heute abend ein Teil der russischen Delegation vorübergehend nach Berlin, um sich dort mit den Vertretern der Sowjetregierung, die mit neuen Instruktionen von Moskau versehen sind, direkt in Verbindung zu setzen und das Memorandum zu besprechen. Die plötzliche Abreise zu dem genannten Zweck erregt um so auffälliger, als man von russischer Seite das Memorandum bereits inoffiziell abgelehnt hat.